Kirche und Staat

Eine lehrreiche Auseinandersetzung im Kanton Bern

Bei Das Verhältnis der Kirche zum Staat ist in der Schweiz in einen von Kanton zu Kanton wechselnden rechtlichen Rahmen eingebettet. Die evangelische Kirche, die über kein mit der Würde und der Verpflichtung kanonischer Gültigkeit ausgestattetes Kirchenrecht verfügt, hat sich in der Regelung ihrer rechtlichen Beziehungen zum Staat keiner uniformen Tendenz verschrieben. Dem erst in jüngster Zeit gemilderten Fall eines reinen Staatskirchenrechts im Baselland steht die Freikirche in der Waadt gegenüber, und zwischen den beiden extremen Polen bewegt sich das Landeskirchentum in anderen Kantonen, das durch die Anerkennung einer Landeskirche in der Staatsverfassung unter gleichzeitiger Wahrung der innerkirchlichen Selbständigkeit gekennzeichnet ist. Die enge Bindung vieler evangelischer Kantonalkirchen an den Staat ist eine Erbschaft der Reformationszeit und zugleich der Ausdruck der Zusammengehörigkeit, ja der Identität von Volk, Kirche und Staat. Wenn die Bürger in ihrer großen Mehrheit zugleich Glieder der evangelischen Kirche sind, muß auch die Organisation der politischen und der kirchlichen Behörden diesem Sachverhalt durch die verfassungsmäßige Sanktionierung und die praktische Anerkennung der Volkskirche Rechnung tragen. Umgekehrt erscheint es als selbstverständlich, daß die Landeskirche am Geschick des Staates ihren tätigen Anteil nimmt. Da sich sowohl der Staat wie die Kirche im demokratischen Milieu jener dem Geiste der Freiheit entsprechenden Zurückhaltung heftigsten, die sowohl auf Machtkämpfe verzichtet wie die gegenseitige Kritik erträgt, ist die Wechselwirkung zwischen den beiden Potenzen fruchtbar und dem bürgerlichen wie dem kirchlichen Leben förderlich. Gelegentliche Reibungen an den Nahtstellen sind zwar unvermeidlich, aber nicht tragisch zu nehmen; so wird dann und wann ein Regierungsmitglied oder ein Verband die öffentlichen Mahnungen der Kirche als lästig empfinden, während andererseits ein überbesoreter Pfarrer die vorbehaltlose Unterstützung staatlicher Maßnahmen als Verletzung der Reinheit der Verkündigung ängstlich vermeiden mag. Solange aber das unerlöbliche, auf der Personation von Bürger und Christ beruhende Vertrauensverhältnis zwischen Kirche und Staat gewährleistet ist, wird sich der Staat über den vor Mahnung und Belehrung nicht zurückschreckenden geistlichen Dienst ebenso sehr freuen wie die Kirche über die positiven Bemühungen des Staates, den Regeln der christlichen Ethik in seiner Rechtsordnung, Verwaltungspraxis und Erziehungsarbeit nachzukommen.

Die in der neueren protestantischen Theologie vor dreißig Jahren zum Durchbruch gekommene „dialektische Richtung“ hat nun mit ihren grundsätzlichen Zweifeln am „Kulturprotestantismus“ mittelbar auch die Symbiose zwischen evangelischer Landeskirche und demokratischem Staat erschüttert. Die eindringliche Überprüfung des Begriffes der Kirche an Hand des Neuen Testaments und auf Grund der in der „Theologie der Krisis“ neu erarbeiteten Gesichtspunkte führte zu einer Lockerung des geistigen und seelischen Zusammenhangs von Kirche, Volk und Staat. Indem die Kirche als Ort der letzten Spannung zwischen Mensch und Gott, als Grenzsituation des dauernd in der Hinwendung zu Gott und im Rückfall in die Welt befindlichen Sünders und Gläubigen aufgefaßt wurde, verlor sie mit innerer Notwendigkeit die schlechte, natürliche Verbindung mit der Welt. Ihre Funktion wurde nicht mehr in der Förderung der inneren Entwicklung des Menschen oder in der oft verdächtigen Weihe irdischer Institutionen erblickt, sondern in der Predigt des Wortes Gottes, das seinerseits ein Wort des Gerichtes und der Gnade, nicht aber der schrittweisen Aufzählung war. Man hat die Schleiermehrsche Konzeption der Kirche als einer Gesellschaft von Frommen perhorresziert und ihr eine Kirche vorgezogen, die ihre Heimat „sanz und gar im himmlischen Jerusalem besitzt und sich bewußt von der „Welt“ distanziert.

Während die neue Richtung in Deutschland durch den Kirchenkampf einen starken Auftrieb empfing und die alten Gruppierungen einer liberalen Linken und einer orthodoxen Rechten durchkreuzte, blieb ihre Wirkung in der Schweiz zunächst auf die Hörstile der theologischen Fakultäten beschränkt. Die von der dialektischen Theologie entdeckten und geschaffenen Konflikte waren bei uns in erster Linie geistiger Natur; es gab keine Möglichkeit, aus der Umprägung vieler Begriffe kirchenpolitische Konsequenzen zu ziehen. Die aus dem Verantwortungsbewußtsein für die konkrete Existenz von Mensch und Volk geborene Beschäftigung Emil Brunners mit den aktuellen Fragen der christlichen Ethik dämmte die Plut der Paradoxien ein und schlug für viele Theologen und Laien, die in der Geringschätzung der letzten und vorletzten Generation erzogen worden waren, eine echt reformierte Brücke zum praktischen Leben der Gegenwart. Die innere Distanzierung der neueren Theologie von der sogenannten abendländischen Kultur, die theoretische Herauslösung der Kirche aus den innerweltlichen Bindungen blieb aber ein Faktum, das nur darum öffentlich nicht deutlicher in Erscheinung trat, weil bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges die aktive Teilnahme der „Barthianer“ am Kampf gegen den Nationalsozialismus ein verbindendes Element darstellte.

Seit 1945 hat sich nun eine Wandlung vollzogen, die weder in der Kirche noch im Staat unbeachtet bleiben darf. Prof. Karl Barth hat sich nämlich in den letzten Jahren mehrfach entschieden gegen das Ansinnen verwahrt, dem kommunistischen Totalstaat eine ähnliche Absage zu erteilen wie seinerzeit dem nationalsozialistischen Totalstaat. Sein Bericht über eine Ungarnreise im Jahre 1945 und der anschließende Briefwechsel mit Prof. Emil Brunner, seine Rede an der Amsterdamer Weltkirchenkonferenz im gleichen Jahre, sein Vortrag am bernischen Kirchensonntag vom 6. Februar 1949

und schließlich sein Brief an einen Berliner Pfarrer im Oktober 1950 über die deutsche Remilitarisierung ließen eine Haltung erkennen, die gerade im Rückblick auf seine nach 1934 eindeutig ablehnende Position gegenüber dem Dritten Reich befremdend wirken mußte. Hatte er damals zum energischen, nicht nur kirchlichen, sondern auch politischen und militärischen Widerstand gegen Hitler aufgerufen, so heißt es jetzt vom Gegensatz zwischen dem bolschewistischen Totalstaat und dem Westen: „Er geht uns als Christen gar nichts an. Er ist kein echter, kein notwendiger, kein interessanter Gegensatz. Er ist ein bloßer Machtkonflikt.“ (Vortrag im Berner Münster, 6. Februar 1949.) Karl Barth ist der Meinung, „daß die Kirche sich heute — in der Tat ganz anders als 1933 bis 1945 — aus dem heutigen Konflikt ruhig draußen halten, ihr Pulver nun gerade nicht vorzeitig verschießen, sondern ruhig abwarten solle, ob und in welchem Sinn die Situation für sie wieder ernst und spruchreif werden möchte.“ (Antwort an Emil Brunner, 24. Juni 1948.) Eine repräsentative Persönlichkeit des reformierten Protestantismus empfindet also der Kirche im Angesicht der alle Völker zutiefst aufwühlenden Fragen Stillsitzen und legt den einzelnen Christen eine Mentalität nahe, die hart die Gesinnungsneutralität streift.

Da Prof. Barth mit Recht als geistiger Führer der nach ihm benannten, theologisch sehr aktiven Gruppe in den evangelischen Kirchen der Schweiz gilt, mußte sich seine betonte Indifferenz gegenüber den weltpolitischen Zwistigkeiten unserer Tage, die wahrlich unsere ganze Existenz als Bürger und als Christen angehen, auch verhängnisvoll auf die Einstellung seiner Anhänger auswirken. Die ausgesprochene Distanz von der „Welt“, in der die dialektische Theologie schon von Anfang an die Kirche zu halten bestrebt war, wurde nun manifest. Indem man das Desinteressement der Kirche am „bloßen Machtkonflikt“ proklamierte, rührte man auch im kleinen Kreise der engeren Heimat an die Frage, in welcher Beziehung die Kirche zum eigenen, schweizerischen Staat stehe, der bekanntlich weder geistig noch praktisch die das Weltgeschehen bestimmenden Faktoren ignorieren kann und darf. War die Kirche berechtigt, die Anstrengungen der schweizerischen Demokratie um den inneren Ausbau und um die Stärkung ihrer Abwehrkraft zu unterstützen und zu fördern, oder mußte sie als Ort des Gerichtes über die „Welt“ auch die seit Jahrzehnten unangelebene und vielleicht zu selbstverständliche Solidarität der evangelischen Landeskirchen mit dem schweizerischen Staat in Frage stellen, erschüttern und ganz ganz negieren?

Im Kanton Bern hat sich in den beiden letzten Jahren eine kirchenpolitische Auseinandersetzung, abgepielt, die den latent auch an anderen Orten vorhandenen Gegensatz zwischen der auf Indifferenz und Distanzierung eingeschworenen Gruppe innerhalb der Kirche und den an einer positiv zum Staat eingestellten Volkskirche interessierten Kreisen an die Oberfläche gebracht hat. Das lehrreiche Exempel verdient, auch jenseits der Gemarkungen des bernischen Staates und der bernischen Kirche beachtet und beherzigt zu werden. Am 7. Dezember 1949 teilte die Kirchendirektion des Kantons Bern dem Präsidenten der Kirchensynode der evangelisch-reformierten Landeskirche mit, daß sie sich bis auf weiteres darauf beschränken werde, „die am 6. Dezember 1949 bei ihr bereits hängigen und die laufenden, von den Kirchgemeinden vorgelegten Geschäfte sowie allfällige Rekurse zu behandeln, unter grundsätzlicher Ablehnung jeder Inanspruchnahme des Staates durch neue kirchliche Begehren und Anliegen“. Der ungewöhnliche, in den Annalen der schweizerischen Landeskirchen wohl einmalige Schritt der übergeordneten Verwaltungsbehörde wurde mit zwei Vorfällen an der Synode des 6. Dezember begründet, einem mehr formellen Fehler des Präsidenten und der biblischen Ansprache von Pfr. Leuenberger. Diese Ansprache wurde vom Kirchendirektor als „unmißverständliche Kampfaussage“ an den Staat empfunden; der Sprecher habe mit seiner „unverhältnißmäßigen Absage an Staat und Volksgemeinschaft“ eine geringschätzige Einstellung gegenüber dem Staat und seinen Vertretern an den Tag gelegt. Die energische Reaktion der Kirchendirektion war nicht nur ein Ausdruck des Mißbehagens, sondern auch ein Versuch zur Abklärung des inneren Verhältnisses der Kirche zum Staat. Regierungsrat Dr. M. Feldmann hatte schon vor dem fraglichen Datum den Eindruck gewonnen, daß die in der bernischen Landeskirche aktive „barthianische“ Minderheit am Wesen und Schicksal des bernischen Staates herzlich wenig interessiert sei und sich einer „Neutralität“ verschrieben habe, die für den Staat und für die durch Verfassung und Gesetz installierte Landeskirche auf die Länge unannehmbar sei. Er benützte nun den Anlaß der Synodalansprache, um die Kirche als solche zu einer klaren Stellungnahme zu veranlassen.

Die beanstandeten Ausführungen von Pfr. Leuenberger waren auf den Grundton der Warnung vor der Verflechtung der Kirche mit irdischen Institutionen und Ideen abgestimmt. Der Dienst der Kirche am Volk, so hieß es, bestehe nicht darin, „daß wir seine Ideologien uns zu eigen machen, seine bürgerlichen oder seine marxistischen Ideologien; daß wir mit ihm in den Zeitströmungen uns treiben lassen, uns von seiner Wissenschaft tragen, von seiner Kultur einwickeln, von seinen Meinungen und Sentimentalitäten gefangennehmen lassen“. Die Kirche müsse den „Schritt hinaus“ aus dem Raum wagen, „wo sich das Volk behaglich und hässlich eingerichtet hat“. Die Kirche habe eine ewige Sache zu vertreten und dürfe nicht zu einem bloßen Bestandteil unseres Volkes herabsinken“.

Wo auch die Kirche sich befinde, auf bernischem oder auf amerikanischem Boden, im russischen oder im deutschen Volk, sie befindet sich immer in einer vorübergehenden Situation."

Das mit der Wahrung der kirchlichen Angelegenheiten beauftragte Mitglied der bernischen Regierung spürte aus dieser Ansprache eine Aversion gegen den konkreten bernischen Staat heraus, die ihm mit der verfassungsmässigen und gesetzlichen Einordnung der evangelischen Landeskirche in das Volksleben und das Staatsgefüge unvereinbar zu sein schien. Der Kirchendirektor wollte wissen, ob in der Landeskirche Bestrebungen sich geltend machen, die bewußt auf eine Trennung von Kirche und Staat hinarbeiteten, ohne den normalen, von der Verfassung vorgesehene Weg zu beschreiten. Er verlangte von den Kreisen, die unangesehen die "Fremdlingenschaft" der Kirche betonten, eine un-zweideutige Antwort auf die Frage, wie sie sich zum demokratischen Staat und zur Landeskirche stellen. Die von den "Bachthürnern" im theologischen Bereich vollzogene scharfe Trennung zwischen Kirche und Staat mußte um so mehr auffallen, als sie gleichzeitig dem bedrücklichen Phänomen des bolschewistischen Totalstaates mit erstaunder Verständnisbereitschaft gegenübertraten; die Bemerkung von Prof. Barth am Kirchensonntag des Jahres 1949 im Berner Münster, man dürfe "einen Mann von dem Format von Joseph Stalin mit solchen Scharlatanen, wie Hitler, Göring, Heß, Goebbels, Himmler, Ribbentrop, Rosenberg, Streicher usw." nicht in einem Atemzug nennen, weil in Sowjetrußland "immerhin eine konstruktive Idee" angefaßt worden sei, verlieh dem herben Urteil über das Volk, "das sich in Vereinen und Wirtschaftshäusern wohl fühlt", einen wenig vertrauenerweckenden Hintergrund.

An der Kirchensynode vom 6. Juni 1950 wurden die Spannungen zwischen Kirchendirektion und Kirche eingehend behandelt. Eine Interpellation wandte sich gegen die Tendenzen der "kämpferischen Gruppe, die sich allein als die Kirche betrachtet", und verteidigte Wesen und Organisation der Volkskirche. Der Synodalrat gab in seiner Antwort eine durch die briefliche Ansprache mit dem Kirchendirektor vorbereitete Erklärung über seine Stellung zum Staat ab. Darin bejahte er, "die in der Staatsverfassung und im Kirchengesetz, ferner in unserer eigenen Kirchenverfassung getroffene Ordnung", wies auf den demokratischen Aufbau der Kirche (Einzelgemeinde, Synodalverfassung) und die historischen Zusammenhänge zwischen reformiertem Protestantismus und freiheitlicher Staatsform hin. So ist die evangelisch reformierte Kirche eine der geistigen Grundlagen lebendiger Demokratie und betonte schließlich die Zugehörigkeit zum bernischen Staat: "Wir sind, uns auch bewußt, welche hohen sittlichen Werte, in jahrhundertelanger gemeinsamer Geschichte schwer errungen, unser Staatswesen verwirklicht; das Mühen um Gerechtigkeit, um innern Frieden, um persönliche Freiheit, um Barmherzigkeit und um Pflege der Kultur, das alles sind Güter, die wir werten und schützen und denen wir eine stete Weisfortbildung erhoffen." Die Synode erklärte sich mit den Feststellungen des Synodalrates nach gewalteter Diskussion einstimmig einverstanden.

Am 13. September 1950 gab Kirchendirektor Feldmann im Großen Rat anläßlich der Behandlung des Staatsverwaltungsberichts eine ausführliche Darstellung des Konfliktes mit der "kämpferischen Gruppe". Er erwähnte in diesem Zusammenhang auch die von der öffentlichen Diskussion angegriffene Entscheidung des Münsterkirchensynodalrates, im Berner Münster keine Offiziersbrüdervereinigungen zuzulassen und das Hineintragen des Sarges bei Trauergottesdiensten zu untersagen. Die "scharfe Form", in welcher der Münsterkirchensynodalrat seine Beschlüsse den staatlichen Behörden eröffnet habe, erwecke den Eindruck, daß man in erster Linie den Gegensatz zum Staat unterstreichen wolle. Der regierungsrätliche Sprecher nahm auch auf eine Predigt von Münsterpfarrer Lüthi Bezug, in der die Verordnung des Bundesrates zur Anlegung von Notvorräten als ungewollte Schürung der Kriegsstimmung und hurtige Sorge für die eigene Haut kritisiert und gesagt wurde, das verraete eine "hebräische Denkungsart und Einstellung, derer man sich nur vor aller Welt schämen muß"; diese Predigt wurde am gleichen Tage gehalten, an dem die Nordkoreaner mit ihrem Angriff auf Südkorea den "Schickrieg" eröffneten, der allerdings nach der Meinung von Prof. Barth keine kommunistische Aggression war... Der bernische Staat, der drei Landeskirchen anerkennt, will sich nach Regierungsrat Feldmann nicht in die internen Angelegenheiten einer Kirche einmischen. Er beteiligt sich auch nicht an den theologischen Differenzen. Erst wenn eine Richtung oder Gruppe innerhalb der Kirche versucht, ihren Willen den anderen autoritär aufzuzwingen, wird die Situation für den Staat relevant. Er muß dann in Ausführung seines gesetzlichen Auftrages die Freiheit der Meinungen schützen. Die von den extremen Vertretern der dialektischen Theologie erhobenen Ansprüche gehen nun in einer Richtung, die zwangsläufig zum Konflikt mit dem Staat führen. "Der Staat würde seine Pflicht nicht erfüllen, wenn er sich diesen Tendenzen nicht widersetzen würde." Der Kirchendirektor war noch in Erfüllung seines amtlichen Auftrages, nicht bereit, die negativen Äußerungen einzelner Pfarrer über den Staat in einer Zeit zunehmender weltpolitischer Spannungen einfach hinzunehmen. Er drängte auf eine Abklärung der Haltung der Synode und des Synodalrates, die sich widerspruchlos den Ratschlag geben ließen, den "Schritt hinaus" aus dem Volke zu tun. Mit einer schriftlichen Erklärung des Synodalrates am 8. März und der ausführlichen, von der Synode gebilligten Antwort des Synodalrates auf die Interpellation am 6. Juni war der Konflikt, soweit er die Stellung der Synode zum Staat betraf, beendet.

Regierungsrat Feldmann betonte am Schluß seiner vom Großen Rat mit Beifall aufgenommenen Rede, daß Kirche und Staat je auf ihre besondere Art ihren Dienst am Berner Volk leisten und daß es bei der Regierung am guten Willen zur Zusammen-

arbeit nicht fehlen werde. Im November des vergangenen Jahres fand eine erste mündliche Besprechung zwischen Kirchendirektion und Synodalrat statt, und die Neubesetzung der Präsiden des Synodalrates und der Synode am 5. Dezember mag ein weiterer Beitrag zur Entspannung der Atmosphäre gewesen sein.

Man darf als evangelischer Christ und als Schweizerbürger Regierungsrat. Dr. Feldmann dankbar sein, daß er den an „Staatsnegativismus“ grenzenden Äußerungen von Vertretern der dialektischen Theologie entschlossen entgegengetreten ist und die Behörden der bernischen Landeskirche zu einer vertieften Besinnung über das Verhältnis zum Staat veranlaßt hat. Die Ansprache von Pfr. Leuenberger, die den unmittelbaren Anlaß der Ausmarchung bildete, brachte gewiß — und dies ist gegenüber der These von der absoluten Identität von Kirche und Volk festzuhalten — einen wichtigen Zug des Neuen Testaments zum Ausdruck. Es ist das Kennzeichen jeder christlichen Kirche, daß sie über die Welt und über ihre irdische Gestalt hinausweist auf das „himmlische Jerusalem“, das für die Gläubigen die einzige bleibende Heimstätte ist. Die aus dieser Überzeugung fließende kritische Einschätzung aller menschlichen Werke und Einrichtungen darf aber nicht zu einem Relativismus oder gar einem Negativismus verleiten, der die für das „Hier und Jetzt“ entscheidenden Abstufungen zwischen Gut und Böse als belanglos betrachtet, an den Bemühungen zu einer rechten Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens keinen guten Faden mehr läßt und das Volk der religiösen Heimatlosigkeit preisgibt. Eine Kirche, die in dieser Weise den Zusammenhang mit dem konkreten geschichtlichen Raum aufgibt und „hinaustritt“ aus der Welt, würde sich zu einer leeren Wesenheit verflüchtigen. So fragt man sich bei der Lektüre mancher scharfer Sätze über die „Vorläufigkeit“ unserer menschlichen Institutionen, im Namen welcher Kirche überhaupt gesprochen wird und ob die Grenze der spiritualistischen Auflösung nicht bereits überschritten ist. Unsere reformierte Kirche kann und soll sich positiv zu den Grundlagen des demokratischen Staates einstellen; sie läuft deswegen nicht Gefahr, in den Fehler der lutherischen Staatsgläubigkeit zu verfallen. Wenn ihre evangelisch begründete Kritik ernst gemeint sein und praktische Bedeutung haben soll, muß sie den Bereich der Abstraktionen meiden und mit beiden Füßen auf dem Boden der Wirklichkeit stehen. O Glücklicherweise ist die große Mehrheit in den evangelischen Kantonskirchen dieser gesunden Auffassung zugegan. Der Wert des bernischen Beispiels besteht darin, daß es einer in Worten stets sehr radikalen Gruppe verwehrt worden ist, unter dem Schutze theologischer Formulierungen gewollt oder ungewollt die Wurzeln, welche die Landeskirche mit dem Volk verbindet, zu lockern.